

# Der Maler

Organ des Verbandes der  
Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonnabends  
Abonnementpreis 1,50 M pro Quartal  
bei freier Zusendung unter Kreuzband 2 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:  
Hamburg 86, Alsterterrasse Nr. 10  
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postcheckkonto:  
Vermögensverwaltung des Verbandes  
Hamburg 11698

## Wirtschaftsdiktatur und Gemeinschaftsarbeit.

Zu Beginn des neuen Jahres stehen in Deutschland tief einschneidende Probleme der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse im Vordergrund des Interesses. Das Elend der Massen zeigt sich in Millionenziffern von Arbeitslosen und Kurzarbeitern. Kein Wunder, daß man von allen Seiten nach Mitteln sucht, um dieser drohenden Entwicklung zu steuern. Heilsbotschaften werden verkündigt, Erklärungen auf und propagieren Mittel und Ideen, die man als die alleinseeligmachenden betrachtet. Wirtschaftsorganisationen von großer Bedeutung, wie der Reichsverband der deutschen Industrie, veröffentlichten Denkschriften und Programme. Im Schoße der Regierungen werden ernsthaft Beratungen gepflogen — alles zu dem Zwecke, an Stelle des rastlosen Hin- und Herschwanzens positiver Maßnahmen den Weg zu ebnen.

In all dem Durcheinander kristallisieren sich auf der Unternehmenseite zwei Wege heraus, die man als die gangbarsten betrachtet: Die kapitalistische Wirtschaftsdiktatur und eine Art Gemeinschaftsarbeit. Die Vertreter der ersteren Idee stehen hauptsächlich im Lager der schweren Industrie; deren sichtbarer Niederschlag findet sich in den Organen dieser Industriegruppe. Doch auch der Reichsverband der deutschen Industrie hatte in seiner vor Weihnachten veröffentlichten Denkschrift so etwas wie eine kategorische Forderung, wie Steuerermäßigung, Abkehr von staatlicher Schlichtungspolitik für notwendig erachtet und deren unbedingte Durchführung gefordert. Rücksichtslos und mit absoluter Offenheit jedoch wird die kapitalistische Diktatur von der großen kapitalistischen Presse vertreten, wovon wir ein Organ, die „Deutsche Bergwerkszeitung“, herausgreifen wollen.

Doch zuvor ist daran zu erinnern, daß die verschiedensten Körperschaften der Industrie und der Landwirtschaft und auch einzelne politische Parteien seit Wochen Beratungen pflegen, die ein mehr oder minder diktatorisches Programm zum Resultat hatten. Wir erinnern hier an eine Sitzung des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, in der der Generaldirektor Dr. Neusch energische Maßnahmen in der Selbsthilfe der Schwerindustrie in Aussicht stellte. Und der Pommerische Landbund äußerte kürzlich in einer Entschliessung unter anderem: „Wir verlangen die Einführung eines Wirtschaftsdiktators, der ohne Rücksicht auf die Parlamente die Maßnahmen durchzuführen kann, die einem Zwangsverwalter der deutschen Wirtschaft obliegen.“ Deutlicher kann man in der Forderung nach einer Wirtschaftsdiktatur nicht werden. Die Vorschläge der „Deutschen Bergwerkszeitung“, zwecks einseitiger Diktatur zur Beherrschung des Wirtschaftsapparates, kommen klar und deutlich in der Neujahrsnummer zum Ausdruck. Wir zitieren daraus das Folgende:

Macht die Öffentlichkeit — diesen Begriff in weitestem Sinne aufgefaßt — von der durch den Reichsverband (gemeint ist der Reichsverband der deutschen Industrie) gegebenen Diskussionsgrundlagen keinen Gebrauch und gelingt es vor allem nicht, die wirtschaftlichen Fragen dem Parteigetriebe zu entziehen, dann ist die Wirtschaft frei in ihren Entschliessungen. Dann wird aber auch die in stärkerem Umfange kommende Not unfreiwillig diejenigen Maßnahmen erzwingen, die freiwillig nicht zu erhalten waren. Wenn man nach wie vor nicht in der Rettung der Wirtschaft, sondern in der Erhaltung des parlamentarischen Markts beziehungsweise der staatlichen Funktion das Primäre erblickt, könnten sich verschiedene Möglichkeiten ergeben. Dann wird es entweder so kommen, daß eines Tages im stillschweigend oder offiziell gegebenen Auftrage der gesamten deutschen Wirtschaft irgendein Wirtschaftsführer diktatorisch im vollen Bewußtsein der daraus entstehenden Konsequenzen erklärt, daß es so, wie bisher, nicht weiterginge und daß die Berufsstände die Regelung ihres Geschickes selbst zu bestimmen gezwungen seien.“

Dann wird beziehungsweise die Möglichkeit der Diktatur von der andern Seite, das heißt, von der Arbeitersseite, die angeblich unter dem kommunistischen Einfluß

stände, in Aussicht gestellt. Dies ist natürlich nur eine Verlegenheitsausrede, die dazu dient, die kapitalistische Diktatur als desto notwendiger erscheinen zu lassen. Dann fährt die „Bergwerkszeitung“ fort:

„Weitere Möglichkeiten können darin bestehen, daß der Reparationsagent oder auch der Reichsbankpräsident, um das Schlimmste zu verhüten, zu diktatorischen Eingriffen übergehen wird. Die Möglichkeit dazu ist ohne weiteres gegeben; für den Reparationsagenten beruht sie in dem Dawes-Plan. . . Für den Reichsbankpräsidenten beruht sie auf der Beherrschung des inländischen Geldmarktes und auf seinen Beziehungen zum Ausland. Die hier gezeigten Möglichkeiten sind mehr diktatorischer Natur; sie müssen sich mit mehr oder weniger großer Wahrscheinlichkeit dann ergeben, wenn man die Dinge laufen läßt. Andere Entwicklungen können sich jedoch dann herausstellen, wenn man versucht, bewußt und planvoll in der Wirtschaftsführung von allen staatlichen Zwangseingriffen freizulassen und vor allem eine bewußte Beschränkung des Ausmaßes der staatlichen Ausgabenwirtschaft herbeizuführen.“ Das Blatt schließt mit dem Satz: „Der Zweck dieser Zeilen ist erreicht, wenn die Mahnung zum rechtzeitigen Handeln im neuen Jahr nicht überhört wird, wie es bisher der Fall war.“

Das ist die eine Seite der Meinung im kapitalistischen Lager, deren Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Die Schwerindustrie spinnt also den Gedanken, der in der Denkschrift des Reichsverbandes der deutschen Industrie nur zaghaft angekündigt wurde, mit der dieser Seite anhaftenden Konsequenz weiter und fordert deren Verwirklichung. Etwas anders klingen allerdings Meinungen, die aus offiziellen Quellen der deutschen Industrie stammen. Da sind vor allem Äußerungen des geschäftsführenden Präsidialmitgliedes des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Geheimrat Dr. Kasl, in der „Industrie- und Handelszeitung“ von großem Interesse. Ausgehend von der Denkschrift des Reichsverbandes, ist Dr. Kasl der Auffassung, daß bald etwas geschehen müsse; worauf er den Vorschlag macht: „Wir müssen schleunigst zur Gemeinschaftsarbeit kommen.“ Er erinnert an die Worte unseres verstorbenen Genossen Legien vom Jahre 1918 bezüglich der Arbeitsgemeinschaft, und meint dann: „Diese Einmütigkeit im Handeln ist das, was der Reichsverband durch seine Denkschrift herbeiführen wollte. Nicht Kampf, nicht bloßes Regieren, nicht zersetzende Kritik ist jetzt am Platze, sondern praktische, positive Vorschläge, um den Zustand zu ändern, dessen Vorhandensein und dessen Druck wir alle spüren, Unternehmer und Arbeiter, Händler und Verbraucher.“

Wenn die Vertreter der verschiedensten Wirtschaftskreise und der einzelnen Produktionsfaktoren ernstlich die Absicht haben, sich zu fruchtbringender Arbeit an den Tisch zu setzen, dann werden sich Mittel und Wege ergeben, wie dem Fortschritt die Wege geebnet werden können. Daß dabei alle tiefe Opfer bringen müssen, ist selbstverständlich.“

Diese Melodie ist eine andere, als diejenige, die aus dem Bereiche der Hochöfen und der Kohlenzechen uns entgegenklingt; jedoch kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß der Reichsverband der deutschen Industrie seinen extremen Brüdern den Weg zu solchen Forderungen geebnet hat. Die Forderung des Herrn Geheimrat Kasl bezüglich der Gemeinschaftsarbeit ist natürlich sehr kritisch zu werten. Aus schil der Glaube, daß die Industrie es ernst meint mit der Forderung einer wirklichen Gemeinschaftsarbeit. Die Kluft zwischen Kapital und Arbeit ist zur Zeit sehr groß. Neben der Depression im Wirtschaftsleben, die naturgemäß die Gegensätze verschärfen muß, ist es die Verschiedenheit der Meinungen auf beiden Seiten, die zurzeit eine Ueberbrückung als unmöglich erscheinen lassen. Wenn nun erst gar mit dem Gedanken einer Diktatur gespielt wird, dann ist vollends nicht damit zu rechnen, daß eine Gemeinschaftsarbeit in den Bereich der Möglichkeit rücken kann.

Es ist daran zu erinnern, daß die Unternehmer es waren, die nach dem Währungssturz, als sie die Gewerk-

schaften durch das kalte Mittel der Inflation zur Bedeutungslosigkeit herabgemindert hatten, einseitig die Arbeitsbedingungen diktierten, den Achtstundentag beseitigten und wahre Kullidhne festsetzten. Die Arbeitsgemeinschaft mit den Gewerkschaften war ihnen eine Fessel, die sie kaltblütig abstreifen, als sie dies für notwendig erachteten.

Nun, nachdem die Gewerkschaften wieder zu einer Macht geworden sind, ertönt die alte Mattenfängermelodie zur Sammlung. Die Arbeiterschaft hat schweres Lehrgeld zahlen müssen, darum heißt es auf dem Posten zu sein. Mindestens setzt eine wirkliche Gemeinschaftsarbeit die Erfüllung verschiedener Vorbedingungen voraus. Es würde zu weit führen, hier alles das aufzuzählen, was als unbedingtes Erfordernis erscheint, dem Gedanken einer Gemeinschaftsarbeit näherzutreten. Wir begnügen uns mit der Hauptforderung, die Gewerkschaften reiflos anzuerkennen und sie als gleichberechtigte Faktoren in allen Teilen und Funktionen des Wirtschaftslebens gelten zu lassen. Alles andere würde sich dann von selbst ergeben und aus dem Verhältnis der absoluten Gleichberechtigung resultieren. Es ist klar, daß auch die systematische Hege gegen die Schlichtungsinstanzen aufhören mußte. Wir bezweifeln, daß sich die Unternehmer zu diesem Bekenntnis aufschwingen werden. Tun sie es dennoch, dann sehen wir keinen Grund, eine Aussprache im großen Rahmen von vornherein abzulehnen. Doch hören wir vorerst, wie weit sich die Dinge entwickeln werden.

Was jedoch die Diktatur anbelangt, die eine wirtschaftliche sein soll, zugleich auch als politische gedacht ist, so muß sich die Arbeiterschaft mit allen Mitteln gegen ein solches Experiment wenden. Bereit sein muß darum unsere Parole sein! Verstärkt unsere Reihen, wahr! gewerkschaftliche Treue!

## Die Arbeitslosigkeit in verschiedenen Ländern.

Die meisten Berichte über den Umfang der Arbeitslosigkeit in den letzten drei Monaten zeigen eine große Steigerung der Arbeitslosenziffern. Am deutlichsten läßt sich die Verschlechterung der Wirtschaftslage auf Grund eines Vergleichs mit dem gleichen Monat des Vorjahres ersehen. England meldet eine geringe Abnahme in der Zahl der Arbeitslosen, wobei jedoch daran erinnert werden muß, daß die Arbeitervertreter im englischen Parlament kürzlich gegen die irreführenden behördlichen Meldungen über die Zahl der Arbeitslosen protestiert haben.

Im ganzen ist die Lage auf dem Arbeitsmarkt in allen Ländern äußerst schlecht, und es muß leider mit einer weiteren Verschärfung der Krise gerechnet werden. Nach den dem IGB vorliegenden Angaben geben wir nachstehende Uebersicht über den Stand der Arbeitslosigkeit in verschiedenen Ländern:

**Belgien:** Nach den Berichten von 136 Arbeitslosenklassen mit insgesamt 598 350 Mitgliedern waren am 1. November 4305 oder 0,7 % gänzlich und 10 916 oder 1,8 % teilweise arbeitslos, gegen 4758 oder 0,8 % beziehungsweise 11 034 oder 1,9 % im Vormonat und 0,9 % beziehungsweise 2 % Ende Oktober 1924.

**Dänemark:** Nach den Angaben der Gewerkschaften und der öffentlichen Arbeitsnachweise betrug der Prozentsatz der Arbeitslosen Ende November 18,3 gegen 12,7 im Vormonat und 9,3 Ende November 1924. Ende Dezember wurden im ganzen Lande 78 284 Arbeitslose gezählt. Dies ist die größte der bisher in Dänemark gemeldeten Anzahl Arbeitsloser. Im November wurden 43 300 Arbeitslose gezählt; Ende Dezember 1924 35 700.

**Deutschland:** In der Zeit vom 1. bis 15. Dezember 1925 ist die Zahl der im Deutschen Reiche unterstützten Erwerbslosen von 673 315 auf 1 057 031, das heißt, um rund 57 % gestiegen. Am 1. November betrug die Zahl der unterstützten Erwerbslosen 364 000. Die Zahl der Arbeitslosen am Jahreschlusse war auf 2 Millionen gestiegen.

**Frankreich:** Die Zahl der bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen eingetragenen Arbeitslosen betrug im November 11 243 gegen 11 089 im Vormonat und 11 863 im November 1924. Die Zahl der aus öffentlichen Mitteln unterstützten Arbeitslosen betrug im November 557, gegen 523 im Vormonat.

**Großbritannien:** Von den 976 548 Mitgliedern derjenigen Gewerkschaften, die über Arbeitslosigkeit berichteten, waren Ende November 107 434 oder 11 % arbeitslos, gegen 11,3 % im Vormonat und 8,6 % Ende November 1924. Von den ungefähr 11 892 000 gegen Arbeitslosigkeit Versicherten waren Ende November 11 % arbeitslos, gegen

11,4 % im Vormonat und 10,8 % Ende November 1924. Die Zahl der eingetragenen Arbeitslosen betrug Ende November 1.227.000, gegen 1.293.000 im Vormonat und 1.233.000 Ende November 1924.

Holland: Bei den Arbeitsnachweisen der Gemeinden mit über 5000 Einwohnern waren im Oktober 27.425 gelernte männliche und 26.000 ungelernete männliche Arbeitslose eingetragen. Von 248.012 Mitgliedern der subventionierten Arbeitslosenklassen waren Ende Oktober 8,1 % arbeitslos, gegen 8,3 % im Vormonat und 8,2 % Ende Oktober 1924.

Italien: Die Zahl der eingetragenen gänzlich Arbeitslosen betrug Ende Oktober 85.769, die der teilweise Arbeitslosen 8082. Die entsprechenden Zahlen waren im Vormonat 82.764 und 7223, Ende Oktober 1924 190.604 und 16.000.

Japan: Auch Japan leidet unter großer Arbeitslosigkeit. Nach amtlichen Angaben betrug im August 1925 die Zahl der Arbeitslosen in jeder der 8 wichtigsten japanischen Städte 80.000 bis 40.000. Auch unter den Arbeitern in den kleineren Städten herrscht große Arbeitslosigkeit. Nach europäischen Muster haben verschiedene Städte, besonders Osaka und Yokohama, Maßnahmen getroffen, um die Not unter den Arbeitslosen durch Unternehmungen und Vornahme von Notstandsarbeiten zu lindern.

Kanada: Nach Angaben der Gewerkschaften waren Ende Oktober 5,1 % der Mitglieder arbeitslos, gegen 5,7 % im Vormonat und 6,8 % Ende Oktober 1924.

Norwegen: Am 15. Dezember betrug die Zahl der eingetragenen Arbeitslosen 26.276, davon 8774 Notstandsarbeiter. Am 15. November waren die entsprechenden Zahlen 22.676 und 1980, am 10. Dezember 1924 18.810 und 1010.

Oesterreich: Nach den amtlichen Angaben betrug die Zahl der unterstützten Arbeitslosen Ende Dezember 216.000, gegen 152.536 Ende November 1925 und 113.484 Ende November 1924. Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen in Wien betrug Mitte Dezember zirka 90.000.

Polen: Nach den amtlichen Angaben betrug die Zahl der eingetragenen Arbeitslosen im ganzen Lande am 5. Dezember 261.851, gegen 218.883 am 7. November und 169.000 im Dezember 1924.

Schweden: Von den 204.873 Mitgliedern derjenigen Gewerkschaften, die über Arbeitslosigkeit berichteten, waren Ende Oktober 23.500 oder 10 % arbeitslos, gegen 8,5 % im Vormonat und 8,4 % Ende Oktober 1924. Nach den Angaben der amtlichen Arbeitslosenkommission hat sich die Zahl der eingetragenen hilfebedürftigen Arbeitslosen im November um 37 % erhöht und betrug Ende November 18.000.

Schweiz: Die Zahl der eingetragenen Arbeitslosen betrug Ende Oktober 12.219 gegen 10.266 im Vormonat und 9451 Ende Oktober 1924.

Tschechoslowakei: Ende Oktober betrug die Zahl der eingetragenen Arbeitslosen 39.743, gegen 42.440 Ende September und 71.838 Ende Oktober 1924.

Ungarn: Ende Oktober waren von den Mitgliedern der Gewerkschaften 22.578 oder 13,4 % arbeitslos, gegen 14,3 % im Vormonat und 13,5 % Ende Oktober 1924.

Vereinigte Staaten: Nach dem vom Arbeitsdepartement veröffentlichten Bericht, der auf Grundlage einer 9374 Unternehmen in 52 Industrien mit 2.901.263 beschäftigten Personen umfassenden Statistik zusammengestellt ist, hat die Zahl der beschäftigten Arbeiter im Oktober um 2,2 % zugenommen. 41 Industrien wiesen eine Zunahme von beschäftigten Arbeitern auf. Die Indezahls des Beschäftigungsgrades (1923 = 100) war im Oktober 1925 92,3, im September 1925 90,9 und im Oktober 1924 87,9.

### Die Verhältnisse nach einer Erhebung des Reichsbundes für das deutsche Malergewerbe.

Der Reichsbund für das deutsche Malergewerbe hat sich zum Ziel gesetzt, einen ausführlichen, ershöpfenden Lehrplan für die Ausbildung aller im Gewerbe beschäftigten Lehrlinge aufzustellen. Ein gewählter Ausschuss, dem u. a. auch Herr

Syndikus Frinde, Hamburg, angehört, soll die notwendige Vorarbeit leisten. Als erstes wurde ein umfangreicher Fragebogen ausgearbeitet, mit dem man sich an die deutschen Handwerks- und Gewerbetreibenden, an die Innungen und Ortsverbände der Fachorganisationen des deutschen Malergewerbes und an die für die Ausbildung der Malerlehrlinge in Betracht kommenden Fortbildungs-, Gewerbe-, Berufs-, Kunstgewerbe- und Fachschulen wandte. Gefragt wurde u. a. nach der Verteilung der Lehrlinge auf die Betriebe und Schulen, Herkommen und Vorbildung der Lehrlinge, Eignung der Lehrlinge, Berufsberatungs- und Eignungsprüfungen, Kosten, Kostgelber oder Erziehungsbeihilfen, Dauer der Lehrzeit, Beauftragtenwesen, Unterrichtszeit der Schulen, Vertiefung der Unterrichtsfächer in den Schulen, Zahl, Verteilung und Anstellungsverhältnisse der Lehrer, Prüfungsergebnisse, Ausbildungsmängel usw.

Die eingegangenen Fragebogen, die man im Dezember 1924 verschickte, sind von Herrn Frinde bearbeitet worden. Die Ergebnisse wurden in den letzten Monaten durch die Arbeitgeberpresse veröffentlicht.

Ganz allgemein kann gesagt werden, daß ein großer Teil der Innungen und sonstigen Befragten dem Plane scheinbar kein großes Interesse entgegenbrachte, denn die Zahl der ausgefüllt zurückgeschickten Fragebogen ist recht gering. So haben sich zum Beispiel von insgesamt 64 im Verbreitungsgebiete des Reichsbundes bestehenden Handwerks- und Gewerbetreibenden nur 28 beteiligt. Von den 352 Innungen 117, davon 25 in Großstädten, 65 in Mittel- und 87 in Kleinstädten. Am besten ist noch die Beteiligung im Gau Norddeutschland des Reichsbundes. Auch die Schulen haben bei dem Ausfüllen der Fragebogen versagt. Der Verfasser des Artikels sagt darum selbst, daß angesichts dieser lückenhaften Beteiligung die diesmalige Erhebung als eine Stichprobe angesehen werden müsse, die aber doch so umfangreich und weitreichend sei, daß man annehmen könne, es liege sich für die gesamte Lehrlingshaltung im Gewerbe gültige Schlüsse daraus ziehen. Jedenfalls gehe schon aus ihr hervor, daß so schwere Mängel grundsätzlicher Natur im Lehrlingswesen bestehen, daß sie unbedingt beseitigt werden müßten.

Nach den Angaben der Kammern, denen insgesamt 21.514 Betriebe angeschlossen sind, bestehen 282 Zwangsinnungen mit 13.265 Mitgliedern, 88 freie Innungen mit 1807 Mitgliedern; dazu kommen noch einige freie Verbände. Es bestätigt sich also hier, was allgemein für das Handwerk zutrifft, der immer stärker einsetzende Drang zur Zwangsinnung, der übrigens auch in dem Artikel noch besonders unterstrichen wird, indem man die Hoffnung ausspricht, daß das kommende Handwerkergesetz den Pflichtorganisationen die Mittel gibt, an die nichtorganisierten Betriebe heranzukommen.

So gering die Gesamtzahl der von den Gewerkschaften des Reichsbundes gemeldeten Lehrlinge auch ist (8578), zeigte sich doch bei ihrer Eingliederung in die verschiedenen Lehrjahre eine erhebliche Zunahme der in unserem Gewerbe in den letzten Jahren eingestellten Lehrlinge. Die absoluten Zahlen sind im ersten Lehrjahr 1491, im zweiten Lehrjahr 928, im dritten Lehrjahr 974 und im vierten Lehrjahr 185 Lehrlinge.

Wo werden nun die Lehrlinge zur Hauptsache ausgebildet, in den großen oder in den Kleinbetrieben? Auch darüber gibt die Statistik Auskunft. Es beschäftigen die Großbetriebe von den durch die Erhebung erfassten Lehrlingen nur 107, die Mittelbetriebe 490, die Kleinbetriebe 1714 und Betriebe, die nur ab und zu Gehilfen beschäftigen, 811 Lehrlinge.

Wie sehr unser Gewerbe ein Kleingewerbe ist, geht übrigens auch aus einer Auskunft der Innungen über die Größe der Betriebe hervor. Demnach sind über 50 % Kleinmeister, ohne regelmäßige Gehilfenbeschäftigung, nicht ganz 40 % sind Kleinbetriebe mit 1 bis 10 Gehilfen, 8 % sind Mittelbetriebe mit 10 bis 50 Gehilfen, und nur etwas mehr als 1 % Betriebe, die mehr als 50 Gehilfen beschäftigen, kann man als Großbetriebe bezeichnen. Diese Tatsache macht auch Herrn Frinde wegen der Durchführung des Lehrplanes bedenklich, denn er weiß sehr gut, wie wenig die Kleinmeister fortschrittlichen Ideen zugänglich sind. Es heißt in dem Artikel: „Es gilt daher auch bei der Lehrlingsausbildung mit einem großen Konservatismus und einem Festhalten an der eigenen Erfahrung und Autorität zu rechnen,

wie es gerade bei diesen kleineren Meistern, die ihre Stellung unter schwerer Arbeit erreicht haben und festhalten müssen, häufig ist.“ Wir pflichten aber Herrn Frinde bei, daß die persönliche Erfahrung notwendig, beschränkt und einseitig ist und die Ausbildung der Lehrlinge schon nach größeren Gesichtspunkten erfolgen muß.

Ob wir der Auffassung zustimmen können, daß auch jetzt noch nicht genügend Lehrlinge ausgebildet werden, ist zweifelhaft. Wir werden erst endgültig dazu Stellung nehmen, wenn wir selbst eine statistische Erhebung durchgeführt haben. Wichtig scheint es uns immerhin, daß auch der Verfasser der Meinung ist, daß der Inhaber eines größeren Betriebes bei der Lehrlingsausbildung nicht um die Mitarbeit erfahrener Gehilfen herumkommt. Wir sind der Ansicht, daß das in jedem Geschäft mehr oder weniger der Fall ist. Stimmen die Angaben in der Statistik, dann kann von einer Lehrlingszukunft nur noch in sehr wenigen Fällen die Rede sein, denn danach wurden nur in 28 Betrieben mehr als 4 Lehrlinge beschäftigt.

Ueber die Frage der Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung haben 98 Orte berichtet. In 77 findet eine Berufsberatung und amtliche Lehrstellenvermittlung statt. In 20 % der Orte ist dies nicht der Fall. Das Bild wird aber ein besseres dadurch, daß es neben den amtlichen Berufsberatungsstellen noch solche der Kammern, Innungsausschüsse, Gemeindebehörden und Gewerbeschulen gibt, so daß wohl damit gerechnet werden darf, daß wenigstens in den Städten nur noch wenige Schulentlassene ohne eine Beratung durch eine Beratungsstelle in den Beruf hineinkommen.

Eignungsprüfungen werden erst in einigen Orten vorgenommen; in Bremen und Hannover bestehen Institute für wissenschaftlich durchgeführte Prüfungen. Die Mitteilungen der Innungen und Schulen, die aber nicht auf Grund einer genauen Erforschung, sondern mehr gefühlsmäßig erfolgt sind, wodurch natürlich der Wert der Ergebnisse eingeschränkt wird, zeigen, daß es nur recht wenige Lehrlinge waren, die sich gut für unsern Beruf eignen. Dieser Teil der Erhebung ist aber auch darum nicht sehr beweiskräftig, weil nur recht wenige Innungen und Schulen berichteten und das Werturteil gleich über alle Lehrlinge respektive Schüler gefällt wurde.

Wir stimmen Herrn Frinde zu, daß auf diesem Gebiete noch manche Verbesserungen erwünscht und möglich sind. Nur sollten nicht nur die Fachorganisationen der Meister hier Einfluß erhalten, sondern ebenfalls die Gewerkschaften als die Organisationen der Gehilfen. Wenn der Reichsbund für das deutsche Malergewerbe einheitliche Richtlinien für die Berufsberatung für das Malergewerbe herausgeben und an die Berufsberatungsstellen aller Art weiterleiten will, so hätten wir auch hierbei gewünscht, daß man sich unserer Mitarbeit versichert hätte.

### Aus unserm Beruf

Ein seltenes Jubiläum. Der Kollege Andreas Köhler, einer der alten Garde, konnte am 6. Januar die seltene Feier seiner fünfundsiebenzigjährigen Tätigkeit als Bezirksführer begehen. In Wilmerdorf, einem für die Organisation steinigen Boden, übernahm er im Jahre 1901 die Leitung des Bezirks. Der ihm unterstellten Agitationskommission war Köhler stets das beste Beispiel. Wochentags wie Sonntags ständig auf Agitation oder Hausaufklärung unterwegs. Unverbrochen, selbst in Zeiten der Not, immer seine Pflicht erfüllend. Das Leben hat diesem edlen Proletarierjohn schwer mitgespielt, doch der Glaube an den Aufstieg der Arbeiterklasse hat den nunmehr alten Andreas nicht verlassen. Als die Stürme der Spaltung auch in Berlin ihre Regen schlugen, wirkte es beruhigend, daß die Alten trotz ständiger Mühsal die eingetretenen Lücken ausfüllten. In Andreas Köhler ehren und lieben wir den alten Kämpfergeist, der treu und unerschütterter allen Mitgliedern als leuchtendes Beispiel dient. Wenn man in ruhigen Stunden an die Besten der Organisation denkt, wird Andreas Köhler mit an erster Stelle stehen. Unsere Wünsche gehen dahin, daß der „Alte“ in jugendlicher Frische seine Mitarbeit für die Organisation

### Eht mehr Seefische!

Dem Jahresbericht über die deutsche Fischerei 1924, herausgegeben vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, entnehmen wir, daß Deutschland 1913 254 Fischdampfer hatte, während es 1924 400 zählte. Diese 400 Dampfer fingen 1924 in der Nordsee und im Nordmeer 185 Millionen Kilogramm Seefische, wovon nur 128 Millionen Kilogramm in deutschen Häfen angebracht wurden, während der Rest fast völlig in Aberdeen (Schottland) verladen wurde. Nur ein geringer Prozentsatz ging noch nach Danzig. Für diese Fische, heißt es im Bericht des Reichsministeriums, war in den deutschen Häfen kein lohnender Absatz zu finden.

Aber auch die 128 Millionen Kilogramm, die in deutschen Häfen angebracht wurden, dienen nicht rezillos der Nahrung, sondern gingen zum Teil noch in die Fischmehlfabriken. Außerdem nahm ein Klippfischwerk in Weiermünde 13 Millionen Kilogramm auf und das zweite deutsche, Klippfischwerk in Cuxhaven 2 1/2 Millionen Kilogramm. Diese beiden deutschen Werke arbeiten für Aberdeen und treffen, besonders auf den südamerikanischen Märkten, auf die Konkurrenz der dortigen Fischmehlfabrikanten. Die nach Aberdeen verkauften Fische finden fast keine andere Verwendung als in der Umverpackung zu Stöckfisch.

Der hiesige Fischereidirektor H. Lübbert, Hamburg, hat in „Fischereidirektor“ auf diese Erscheinung hin und hat es jedem deutschen Fischereihafen ebenfalls Klippfischwerke zu errichten. Durch die Beteiligung der Fischmehlfabrikanten an solchen Werken könnten diese ihre Fische absetzen, was es an der Hand der Entwicklung der hiesigen Fischerei nachteilig.

Gegen diesen Vorstoß läßt sich nur eins einwenden: Es kann nicht darauf an, ob die Fische im natürlichen oder verpackten Zustand ausgeführt werden, sondern es ist

anzustreben, daß die Fische sofort den deutschen Konsumenten zugeführt werden.

Ueber den Wert des Seefisches als Nahrungsmittel ist schon häufig von berufenen Leuten geschrieben worden. Erwähnt sei nur, daß Ernährungssphysiologen behaupten, daß die neunstündige Verdauungszeit den doppelten Sättigungswert des Fisches gegenüber dem Rinderbraten beweist. Außerdem wird der Fisch fast völlig verdaut, sein Ernährungswert also ausgeschöpft. Auch gesundheitlich ist der Fisch nur zu empfehlen. Englische namhafte Mediziner behaupten sogar, daß das fast völlige Verschwinden der „englischen Krankheit“ auf den stark gesteigerten Verbrauch an Seefischen zurückzuführen ist. Fast noch wichtiger ist für den Augenblick der Hinweis, daß der Seefisch auch dann noch billiger als Fleisch ist, wenn er durch den Zwischenhandel um 300 bis 400 % des Auktionspreises verteuert worden ist, ganz abgesehen davon, daß diese Steuere ohne große Mühe stark gekürzt oder ganz beseitigt werden kann. Es ist deshalb sehr bedauerlich, daß das völlig unberechtigte Vorurteil gewisser Konsumentenschichten gegen den Seefisch so schwer zu überwinden ist. In England, dessen Arbeiterbevölkerung gewiß besser zu essen gewohnt ist als die deutsche, ist der Seefisch ein wahres Volksgericht geworden. Dabei war der Fisch in England durchaus nicht beliebter als bei uns. Nach Major Sleight ließen die Soldaten an Fischtagen den Fisch stehen, doch, „sowie sie dienstfrei waren, stürzten sie ins nächste Brauereirestaurant“.

Das ist der Punkt: Wie das Vorurteil gegen das Gefrierfleisch seine Ursache in der falschen Behandlung und Zubereitung hat, so auch das gegen den Seefisch. Aber wie dieses Hindernis in England überwunden wurde, muß es auch in Deutschland gelingen. Wahrscheinlich gibt es in der gesamten Geschichte von Handel und Industrie kein zweites Gewerbe, das einen so bescheidenen und unangenehmen Anfang hatte wie der Handel mit gebadenem Fisch,“ sagt Chatchip in seinem Buch „The fish frier and his trade“. Es ist eine unbeweisbare Redensart, wenn

gesagt wird, der Engländer sei eben ein Fischesser, der Deutsche aber nicht. Chatchip sagt: „Wenn Vorurteile, üble Nachrede und Lästereien töten könnten, so wäre der Handel mit gebadenem Fisch seit langem tot; doch statt dessen hat er seine Lebensfähigkeit Jahr für Jahr stärker bewiesen.“ Und an einer andern Stelle heißt es: „Der Durchschnittsarbeiter rümpft jedesmal die Nase, wenn seine bessere Hälfte von Fisch spricht, wofür sie nicht vorschlägt, fried fish vom fried fish shop zu holen, und das kommt ihm niemals ungelogen.“ Also auch in England hat sich der Seefisch erst im langen Kampf durchgesetzt. Seine mächtigste Waffe war — ein Ofen.

Selbst die sparsame Hausfrau hat meistens wegen des entstehenden Geruchs gegen das Fischbraten eine gewisse Abneigung. In den wenigen Lokalen, die sich früher als Fischkosthallen usw. aufstauten, hatte der Gast diesen unangenehmen Geruch trotz Lüftung mit in den Kauf zu nehmen. In den modernen Fischbratereien fällt dank der neuartigen Öfen und der Zubereitung der Fische diese Unannehmlichkeit weg, so daß sogar Hotels Fischbratereien aufstellen. „Die Herstellung von 1000 Portionen gebadenen Fisches ist geruchloser als die eines einzigen Beefsteaks.“ Es muß Spezialisten überlassen bleiben, die Vorteile der neuen Zubereitungsweise eingehend zu schildern. Erwähnt sei nur, daß die Fischstücke in siedendes Öl, manchmal auch Fett, vollständig eingetaucht werden. Das hat nach Professor Restner den besten Einfluß auf das Fischfleisch. Dr. Robert Dessau, rühmt dem Sieden nach, daß dadurch zum Beispiel der Kalorienwert bei Schellfisch von 88 auf 210, bei Seelachs von 80 auf 210 steigt. Die neue Zubereitung hat dazu geführt, daß etwa ein Drittel des riesigen englischen Fischfanges von 1,8 Milliarden Pfund in den „Friedfishshops“ verarbeitet werden. Mindestens 25.000 Betriebe (in London gibt es rund 2000) haben 600 Millionen Pfund Fische, 1 Milliarde Pfund Kartoffeln und 100 Millionen Pfund Öl und Fett im Werte von über 650 Millionen Goldmark verbraucht. Eine solche Entwicklung

weiter ausüben und daß nach so vielen Schicksalsschlägen ein freundlicher Lebensabend dem Jubilar beschieden sein möge. Die Ortsverwaltung Berlin.

Dortmund. Am 2. Januar erhängte sich der beim Malermeister Wilh. Brühns in der Lehre befindliche neunzehnjährige Malerlehrling W. Scheinpflug. Was den anglickischen jungen Menschen zu diesem schweren Schritt veranlaßt haben mag, ist noch nicht festgestellt, da seine Nebenbeteiligten jegliche Auskunft verweigern.

Emden. Am 1. Weihnachtstage fanden sich die hiesigen Kollegen mit ihren Angehörigen bei Herrn von Dyllen zu einer Weihnachtsfeier zusammen. Die Veranstaltung des Festes war der Opferfreudigkeit der noch in Arbeit stehenden Kollegen zu danken. Ein Musikstück, Solologesang und ein gemeinschaftlich gesungenes Lied leitete die Feier ein. Kollege C. Wills begrüßte dann alle Anwesenden, besonders die Jugend und machte auf die Bedeutung des Festes aufmerksam. 40 Jahre Zentralverband und 20jähriges Bestehen der Filiale Emden sei Hauptanlaß gewesen, um im nächsten Zeitabschnitt mehr als bisher das Gemeinschaftsband zu festigen und zu pflegen; darum die diesjährige Weihnachtsfeier. Es folgten alsdann einzelne Lieder und Gedichtvorträge der Kleinen unter 10 Jahren in bunter Reihenfolge. Hochfreut schlugen die Kinderherzen, als sie alle mit einer Kleinigkeit unter dem Tannenbaum bedacht wurden. In dem gemütlichen Teil wurden Theaterstücke aufgeführt, Lieder und Gedichte vorgetragen. Zu schnell verging die Zeit und hochbefriedigt schieden die Festteilnehmer voneinander. Allen, die zur Verschönerung des Festes beigetragen haben, besonders Herrn von Dyllen, sei hiermit der Dank ausgesprochen.

**Aus Unternehmerkreisen**

Firmenschilderfabrikanten gehören zum Bereich der Malerzwangsbinnungen. In der Beschwerdefache der Ortsgruppe Frankfurt a. M. des Verbandes der Firmenschilderfabrikanten Deutschlands e. V., Sitz Berlin, gegen die Zwangsinnung für das Maler-, Weißbinder- und Lackiererhandwerk nebst verwandten Berufen in Frankfurt a. M. wegen Zugehörigkeit zu der genannten Zwangsinnung, wurde kürzlich eine Entscheidung getroffen, wonach die Firmenschildermaler verpflichtet sind, der Zwangsinnung für das Maler-, Weißbinder- und Lackiererhandwerk anzugehören. Die vom Magistratskommissar für das Innungswesen in Frankfurt a. M. angefochtene Entscheidung wurde bestätigt. In der Begründung des Urteils heißt es:

„Das unter dem 15. August 1924 durch den hiesigen Bezirksausschuß genehmigte Statut der Maler-, Weißbinder- und Lackierer-Zwangsinnung schließt ausdrücklich die verwandten Berufe in die Innung ein. Nach der Art der Tätigkeit des Schildermalers muß dessen Beruf als ein sowohl dem Maler- als auch dem Lackiererhandwerk verwandt angesehen werden. Mit Ausnahme einzelner Spezialarbeiten dürfte die Schildermalerie in ihren Grundzügen von jedem fähigen Handwerker der beiden letztgenannten Berufe ausgeführt werden können, wie denn auch eine Konkurrenz mit den Schildermalern einwandfrei festzustellen ist. Andererseits wird jeder Schildermaler zweifellos zur Ausführung von Maler- beziehungsweise Lackiererarbeiten in der Lage sein und jedenfalls auf Grund seiner Tätigkeit über ausreichendes Verständnis für die technischen Fertigkeiten usw. des Maler- und Lackiererhandwerks verfügen, ein Umstand, der in seiner Wechselseitigkeit die verwandte Art der in Frage kommenden Berufe bestätigt (vergleiche Landmann, Kommentar zur Gewerbeordnung, Biffer 4 der Anmerkungen zu § 100). Die Grundbedingungen für eine Zusammenfassung derselben zu einer Zwangsinnung sind daher als gegeben anzusehen.“

**Gewerkschaftliches**

Die Entwicklung des Wochenlohnes. Die amtliche Statistik gibt den Wochenlohn bei regelmäßiger Arbeitszeit im November 1925 (gelernte Arbeiter) für den Berg-

bau mit 49 M (46 M im Oktober), für die Metallindustrie mit 46,2 (46,2), für die chemische Industrie mit 40,7 (40,5), für das Baugewerbe mit 55,4 (55,3), für das Holzgewerbe mit 46,2 (46,6) und für die Papiererzeugungsindustrie mit 32,6 (32,5) M an. Für den ungelerten Arbeiter ergeben sich für den Monat November gegenüber Oktober im Bergbau 34,3 gegen 32,8, in der Metallindustrie 31,2 gegen 30,6 und für die chemische Industrie 34,4 gegen 34,2 M. Im Bau- und Holzgewerbe und in der Papiererzeugungsindustrie ist sich der Wochenlohn für den ungelerten Arbeiter bei regelmäßiger Arbeitszeit mit 45,2 beziehungsweise 29,3 M gleichgeblieben. In der Textilindustrie erhöhte sich der Wochenlohn für männliche gelernte Arbeiter von 28,9 M im Oktober auf 30,1 M im November und für weibliche gelernte Arbeiter von 24 auf 24,1 M. In der Brauindustrie trat für die gelernten Arbeiter für die genannte Zeit eine Steigerung von 47,8 auf 48 M ein, in der Schwärenindustrie von 41 auf 43,3 M, in der Kartonagenindustrie von 38,4 auf 38,5 M für männliche Arbeiter und von 25,3 auf 25,5 M für weibliche Arbeiter. Im Buchdruckgewerbe blieb der Wochenlohn (gelernte Arbeiter) bei regelmäßiger Arbeitszeit sich mit 46,1 M gleich. Unverändert blieb auch der Wochenlohn mit 18,6 beziehungsweise 40,2 beziehungsweise 32,6 M für die ungelerten Arbeiter in der Textilindustrie, für den ungelerten Arbeiter im Buchdruckgewerbe und den männlichen Arbeiter in der Kartonagenindustrie. Für die ungelerte Arbeiterin in der Kartonagenindustrie erhöhte sich der Lohn von 20,9 im Oktober auf 21 im November und für den männlichen ungelerten Textilarbeiter von 25 auf 25,1 M. In der Brauindustrie trat für den ungelerten Arbeiter eine Steigerung von 41,9 auf 42,1 M und in der Schwärenindustrie eine Steigerung von 35,4 auf 35,7 M ein. Für das Verkehrsgewerbe (Reichsbahn) wird bei dem gelernten Arbeiter eine Steigerung von 43,1 auf 43,2 M festgestellt, während der Wochenlohn für den ungelerten Arbeiter mit 33,3 M gleichgeblieben ist.

**Sozialpolitisches**

Das Wirtschaftsprogramm der Industrieunternehmer. Der Reichsverband der deutschen Industrie veröffentlichte vor kurzem seine vor längerer Zeit angekündigte Denkschrift, die die Wünsche der Industrie für sämtliche Gebiete des Wirtschaftslebens zusammenfaßt. Unter den zahlreichen, meist bekannten Forderungen gibt es manche, denen man zustimmen kann, noch mehr jedoch solche, die zu einer scharfen Kritik herausfordern. An dieser Stelle können wir nur einzelne Punkte herausgreifen. 1. In bezug auf die Industriepolitik ist die Erkenntnis der Unternehmer, daß der heutige Produktionsapparat überentwickelt sei und daher einem Einschrumpfungspfeil unterworfen werden müsse, bemerkenswert. Wir dürfen jedoch bei dieser Feststellung nicht unterlassen, zu betonen, daß für diese unheilvolle Entwicklung die Industrieunternehmer die Hauptverantwortung tragen. Typisierung, Normalisierung, Rationalisierung der Produktion werden von den Unternehmern gefordert — leider nur zu spät. Ueber die in der Denkschrift im allgemeinen freundlich behandelten Kartelle wird gesagt, daß für eine gute Preispolitik weitbildende Kartelle nötig sind. Die Kartellpolitik darf sich nicht nach den Kosten der leistungsschwachen Mitglieder richten. Durch Abreden und Bindungen dürfen die Preise nicht künstlich hochgehalten oder verteuert werden. Sollen diese Forderungen einen Sinn haben, so schließen sie auch die Notwendigkeit der energischen staatlichen Kontrolle über die Kartelle ein. Von privatwirtschaftlich eingestellten Kartellleitern kann man wohl nicht annehmen, daß sie ohne Zwang, auf sanfte Mahnungen hin, ihre bisherige Preispolitik ändern werden. 2. Zur Handelspolitik fordert der Reichsverband Zollsätze, die anderen Staaten für den Abschluß von Tarifverträgen „hinreichenden Anreiz“ bieten. Die Folge dieser Politik kennen wir schon aus der bisherigen Erfahrung. In der Regel bleibt man auf den „anreizbietenden“ Böllen sitzen, ohne dafür Erleichterungen zu erhalten. Auch können wir uns nicht der Forderung nach Einführung von Dumpingzöllen anschließen, die unsere Wirtschaftslage nur noch erschweren würden. 3. In den For-

derungen in bezug auf die Geldpolitik fällt die Sanftmütigkeit des Reichsverbandes gegenüber den Privatbankern auf, deren Finanzpolitik nur ganz leise kritisiert wird. Um so strenger werden die öffentlichen Anstalten behandelt, die ja eine Politik der Sozialisierung noch in die Wege leiten könnten. Auch sind die Ausführungen über die Wirkungen der ausländischen Anleihen zum größten Teil nicht stichhaltig. 4. In der Steuerpolitik betont der Reichsverband die Schädlichkeit der staatlichen Ueberschußwirtschaft und die Notwendigkeit von Vereinfachungen in der Verwaltung. Ueber die Lastenverteilung bei den Steuern werden die bekannten Forderungen aufgestellt, daß die Kapitalneubildung der Unternehmer nicht durch hohe Steuern unterbunden werde und „ein angemessenes Verhältnis zwischen Besitz-, Verkehrs- und Verbrauchsteuern“ angestrebt werden sollte. Diese Forderungen sind, wenn allgemein gehalten, zu verschmommen, um einen Maßstab für die Besteuerung abzugeben. Wir wissen aber wohl, wie sie gemeint sind, das heißt, daß sie auf die Verminderung der Besteuerung des Besitzes auf Kosten des Verbrauchers abzielen. 5. Am bezeichnendsten sind die Forderungen des Reichsverbandes auf sozialem Gebiet. Die betriebliche Erhöhung der Arbeitszeit im Einvernehmen mit der Belegschaft darf nach Wunsch des Reichsverbandes durch öffentlichen Zwang nicht unterbunden werden. In der Zeit der Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit ist aber die Belegschaft den Unternehmern vielfach ausgeliefert und ihre Zustimmung kann leicht erzwungen werden. Die Soziallasten sollen nach dem Reichsverband der jeweiligen Wirtschaftslage angepaßt werden. Es ist jährlich ein Gesamtetat für soziale Belastung bereitzustellen. Zu diesen Wünschen ist jedoch zu sagen, daß der Sinn der sozialen Lasten eben darin liegt, den „beitrern in den schwereren Zeiten der Wirtschaftskrise durchzuführen, und deshalb kann man in Krisenzeiten auf diesem Gebiet am wenigsten Ersparnisse machen. Die Beiträge der Wirtschaft für soziale Zwecke sollen so bemessen werden, daß die „eigene Verantwortung“ des Leistungsempfängers, für sich und seine Familie zu sorgen, nicht unterbunden werde. Unter dieser der deutschen Arbeiterkraft unwürdigen Begründung versteckt sich der Wunsch nach Herabsetzung der Erwerbslosenunterstützung. Es versteht sich von selbst, daß der Reichsverband die gewerblichen Streitigkeiten den ordentlichen Gerichten zuführen und daß er den Mieterschutz beseitigen möchte.

**Gewerbe- und soziale Hygiene**

Die Frage der Tuberkulosefürsorge. Im Verlag Hans Cadenwigs Nachf., Leipzig, hat Dr. Wolfgang Wahn eine gemeinverständliche Schrift herausgegeben über Erscheinungen und Heilung der Tuberkulose als Einzelkrankheit, Vorbeugung und Bekämpfung der Tuberkulose als soziales Leiden nach den Grundbegriffen der biologischen Hygiene. Im Vorwort zu dieser Schrift heißt es:

„Die Zeiten ändern sich. — Als ich vor 25 Jahren mich in die schmale Reihe derjenigen Ärzte stellte, die durchdrungen von dem Satz: „vorbeugen ist besser als abwarten und kurieren“, Vorträge zur Aufklärung breiter Volksschichten über Gesundheitspflege und Krankheitsfürsorge in gemeinverständlicher Sprache hielten und in Zeitschriften diese Fragen behandelten, da schien kein Wort der Entrüstung stark, keine Abredung weit genug, um dies unsterbliche räterische Treiben zu kennzeichnen. Denn damals durften Vorträge über Gesundheit und Krankheit vor Laien eigentlich nur von höchstintuitiven und defizienten Männern vor wohlgezogenen Kreisen in möglichst unverständlicher Sprache gehalten werden. Das Volk hatte zu glauben und zu verwirren. Das ist anders geworden. Die hygienische Aufklärung gehört heute zu den Amtspflichten der meisten Sozialärzte. Denn heute gibt es Sozialärzte. Und diese Aufklärung soll in die Breite und Tiefe gehen. Selbst Radio ist nicht verboten. Denn die Probleme der Gesundheitserhaltung und Krankheitsfürsorge sind als soziale Probleme, wenn auch widerwillig, anerkannt, an denen Interesse zu nehmen, weit über den einzelnen hinaus, zur

dürfte in Deutschland dorerst kaum zu hoffen sein, weil des andersgeartete Familienleben den in England sehr starken Verkauf über die Straße einschränken wird. In England sieht man in dieser Entwicklung aber erst den Anfang. Es gibt dort Dörfer und kleine Städte, die an diesem Segen teilnehmen, ohne eine Fischbratfläche im Ort zu haben. Schnelle Spezialautos versorgen diese Orte mindestens zwei- bis dreimal in der Woche mit fried fish and chippes potatoes.

Was haben wir in Deutschland dem entgegenzusetzen? Der Zeitschrift „Der Fischmarkt“ entnehmen wir, daß die Siemens-Schudert-Werke Fischbratöfen aufstellen wollen und die Belegschaft mindestens einmal in der Woche Seefische auf den Tisch bekommt. Noch einige wenige Werke sind diesen Weg gegangen. Es wäre im Interesse der Volksernährung zu begrüßen, wenn die großen industriellen Werke, die Kantinen unterhalten, diesem Beispiel folgten. Der Abneigung gegen die Seefischnahrung könnte auch zum Teil der Boden entzogen werden, wenn die Konsumenten sehen, wie die Fische zubereitet werden. Die fachelbelledeten Defen, das weißgekleidete Personal, die peinliche Sauberkeit haben den privaten Fischbratflächen, die in wenigen deutschen Städten bestehen, einen großen Zulauf gebracht und den Inhabern zweifellos namhafte Gewinne.

Was uns aber vor allem bewog, die Aufmerksamkeit auf die Fischbratflächen zu lenken, ist das furchtbare Winterelend unserer Armen und Erwerbslosen. Ganz abgesehen, daß man in staatlichen und städtischen Anstalten solche Defen aufstellen sollte, ist es heute Pflicht aller Verantwortlichen, sich zu fragen, ob es nicht mehr Mittel und andere Wege als die bisher üblichen gibt, das Elend der minderbemittelten Bevölkerung zu lindern. Keine Gemeinde sollte zögern, zur Bekämpfung der Not ein- oder Fischbratöfen aufzustellen. Die Preise der Defen schwanken zwischen 300 und 1200 M. Wir wollen keine Melkame für Privatfirmen machen und verweisen Interessenten an die Zeitschrift „Der Fischmarkt“, Cuxhaven, Catharinenstraße 24, oder an die „Fischmarkt

Cuxhaven G. m. b. H.“, vorm. Staatliche Fischereinspektion. Damit nicht die neue Sache durch Unkenntnis gleich wieder in Verzug kommt, wäre die Anforderung von Lehrpersonal auf wenige Tage empfehlenswert.

Die Kosten für die Unterhaltung werden nicht allzu hoch. Der Seefisch wird durch die Ausschaltung des Zwischenhandels ein billiges und nahrhaftes Gericht. Im teuren Hamburg verläuft eine auf den Erwerb eingestellte Küche eine sehr gut sättigende Portion Fische mit Kartoffeln für 50 bis 75 J. Eine Stadtgemeinde könnte, durch direkten Bezug begünstigt, die Preise bedeutend niedriger halten oder aber an besonders hartgetroffene Arme umsonst abgeben.

Wir betonen aber, daß die Aufstellung von Fischbratöfen nicht nur eine gute Abwehraktion gegen den Hunger ist, sondern auch eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit. England hat bei 45 Millionen Einwohnern 3500 Fischereidampfer laufen, die 1600 Millionen Pfund Fische fangen, die im Lande bleiben. Deutschland kann bei seinen 63 Millionen Einwohnern nicht die 185 Millionen Kilogramm Seefische unterbringen, die ihm seine 400 Dampfer fangen. Diese Gegenüberstellung sagt, was der deutschen Volkswirtschaft und den Arbeitern jährlich verlorengeht. Deshalb: Eßt mehr Seefische! Lindow.

**Gerechtigkeit.**

Gerechtigkeit wurde zu allen Zeiten als die höchste sittliche Tugend gepriesen. Von Gerechtigkeit mußte das Leben nach der menschlichen Auffassung aller Geschichtsperioden erfüllt sein. Und wenn wir heute die Gerichtsgebäude betreten, dann finden wir auch da immer wieder eine augenverwundene Göttin als Symbol der Gerechtigkeit, und Gerechtigkeit wird auch in den Kirchen gepredigt und Gerechtigkeit in den Schulen gelehrt, und doch wird das Leben zerrissen und zerstückt durch

Ungerechtigkeiten, die sich häufen und aneinanderschleppen und das ganze Da-sein zu einer einzigen großen Ungerechtigkeit machen.

Woher dieser Jahrhunderte und Jahrtausende alte Zwiespalt? Er hat darin seine Ursache, daß die Gerechtigkeit nicht im Wirklichkeitsboden des Lebens seine Wurzeln hat. Das praktische, wirkliche, wirtschaftliche Leben ist so gestaltet, daß der egoistische Trieb sich entfalten muß. Das wirtschaftliche Leben überläßt dem einzelnen die Möglichkeit des wirtschaftlichen Vorteils, und darum der Kampf aller gegen alle und nur in stillen Stunden der Erkenntnis, abseits vom großen Leben — die Gerechtigkeit. Sie schmeißt über dem Ganzen als Gedanke und als Sehnen von einzelnen, ohne Wurzeln zu haben im Leben, ohne gewurzelt zu sein in der sozialen Gestaltung.

Gerechtigkeit ist nur möglich, wenn aus der wirtschaftlichen Ordnung des Lebens nichts anderes als Gerechtigkeit werden kann, wenn das wirtschaftliche Interesse auf die Gemeinschaft übertragen und jeder einzelne sich auslebt als Persönlichkeit. Gerechtigkeit ist etwas Innerliches, Menschliches, Liebendes, das nur dann sich entfalten kann, wenn nichts niedriges Menschliches, Gewinnlüchtiges, Gieriges den Menschen hemmt.

Nur die wirtschaftliche Gemeinschaft ist der sittliche Wirtschaftsboden, aus dem dieses tiefe, heilige Menschliche, das Gerechte, Brüderliche werden kann. Und wenn man tausendmal heute Gerechtigkeit predigt und tausendmal in kleinen und kleinsten Einzelfällen des Lebens „Recht“ spricht; ungerecht bis in die letzten Erscheinungen des Lebens hinein bleibt das Dasein, solange der wirtschaftliche Egoismus des Kapitalismus, heute wie nie zuvor in der Geschichte, seine brutale Sprache spricht. Nicht Not und Krankheit und unantürlich früher Tod und Erstarrung der schneidenden Seele und Verkünderung des Geistes! Nein, Gerechtigkeit! Freiheit der ganzen Entfaltung! Erst dann ist der Mensch innerlich frei — Mensch!

\* Man fordere „Die Fischbratfläche“ von Cornelius Schmidt, Cuxhaven, herauszugeben von Fischmarkt Cuxhaven G. m. b. H.

gesellschaftlichen Pflicht geworden ist. Die Frage der Tuberkulosefürsorge ist ein Massenproblem, die seit langem als Proletarierkrankheit erfasste weiße Pest ein Menschheitsproblem auch über die Kreise des Proletariats hinaus...

Genossenschaftliches

Genossenschaften und Wirtschaftskrise. Mit unheimlicher Gewalt rückt die Wirtschaftskrise an den Mauern der kapitalistischen Wirtschaft. Zerstampft Einzelunternehmungen, Aktiengesellschaften und ganze Konzerne. Woher es allmählich den Anschein gewinnt, als ob mit der Größe der Unternehmung die Gewalt des Sturmes zunehme. Aber während die kapitalistischen Besitzer und Funktionäre der Unternehmungen nur in den seltensten Fällen auch persönliche Opfer des Scheiterns werden, weil sie sich rechtzeitig in Sicherheit zu bringen vermögen, bricht über Hunderttausende von Angestellten Sorge und Not herein, und in den Familien gibt es ein millionenfaches Schicksal der furchtbaren Anklagen gegen ein Wirtschaftssystem, das dem Profit des Kapitals dient und dafür die Not und die Entbehrung erzeugt, die Körper und Seele des Volkes zermürben.

Ob dem so sein müsse? Sozialistisch erzeugten und so denkenden Menschen braucht man diese Frage nicht vorzulegen. Sie alle wissen, daß eine Volkswirtschaft, die diesen Namen verdient, reich genug ist, um allen Arbeit und Brot zu geben und die Seelen von einem Druck zu befreien, der je länger je mehr die Freude am Leben erstickt. Da es anders sein kann, muß es anders werden. Man muß wollen und man muß handeln. Die Produktionsmittel im Privatbesitz bewegen den Stempel, daß jede Wirtschaftskrise Hunderttausende von Arbeitsmenschen mit Millionen von Familienangehörigen in den Strudel von Not und Entbehrung und ins lichtlose Dasein reiht. Also trage man Sorge dafür, daß das Privatigentum an Produktionsmitteln aufhört, die Geißel des Volkes und der Menschheit zu sein.

Gewerkschaften und sozialistische Parteien führen diesen Kampf um die Gemeinwirtschaft an Stelle der Privatwirtschaft mit den Mitteln, die die marxistische Wissenschaft zur Verfügung gestellt hat. Schritt um Schritt sucht man in den Parlamenten der sozialistischen Auffassung Bahn zu brechen; die Gewerkschaften, die bei jeder Wirtschaftskrise in der Verteidigung des früher Erzwungenen stehen, rüsten sich zum Kampf um die Wirtschaftsdemokratie der Betriebe und Unternehmungen. Denn, sagte Karl Marx, die Gewerkschaften sind die Brennpunkte des Kampfes um das ökonomische Ziel der Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln des Kapitals.

Und doch geschieht nicht alles, was geschehen kann, um dem Ziel sichtlich näherzukommen. Ja, es geschieht noch nicht einmal alles, was in der Jetztzeit der Verteidigung gewonnener Positionen vor der Zerstörungswut der Wirtschaftskrise möglich wäre, um deren Folgen für ihre Opfer abzuwehren.

Der war es nicht auch die Auffassung eines Karl Marx, daß die Genossenschaftsbewegung „eine der Triebkräfte zur Umwandlung der gegenwärtigen Gesellschaft“ sei? Und wenn dem so ist, was hindert die Massen daran, gerade während der Wirtschaftskrise ihre Kraft und ihren Glauben an den Sozialismus auch in der Genossenschaft zu betätigen?!

Dies muß man sich fragen, wenn man sieht, wie die Kaufkraft der Massen — und die ist trotz Wirtschaftskrise vorhanden — dem Privatkapital dient, statt in den Verteilungsstellen der Konsumgenossenschaften volkswirtschaftliche Werte zu erzeugen, die nur wieder dem Volke selbst zugutekommen.

Die ganze Kaufkraft der Massen in den Konsumgenossenschaften konzentriert, würde nicht nur einen gewaltigen Schritt vorwärts in der Richtung aufs Ziel bedeuten, sondern diese Konzentration würde auch eine wesentliche Erleichterung der Wirtschaftskrise beim Wareneinkauf bringen. Wenn der deutsche Reichskanzler amtlich feststellen mußte, daß die Warenpreise der Konsumgenossenschaften um mindestens 5% unter denen des Großhandels liegen, was einer Jahresersparnis von 100 Millionen Mark beim genossenschaftlichen Wareneinkauf gleichkommt, so müßte bei einer Konzentration der Kaufkraft diese Ersparnis auf 2 bis 3 Milliarden = 2000 Millionen Mark gebracht werden können.

Einige Milliarden Mark ersparten Kapitals mehr in den Händen der Verbraucher — welche Befruchtung des Wirtschaftslbens, welche Erleichterung in Tausenden bedürftiger Arbeiterhaushalte?! Aber was sehen wir? Zahllose Haushalte der arbeitenden Massen — Angestellter, Beamter und Arbeiter — die noch keiner Konsumgenossenschaft angehören, und wiederum nahezu die Hälfte der ihr angehörenden Mitglieder, die bei ihrer Genossenschaft noch für keine 5% Ware das ganze Jahr über abnehmen, aber ihre ganze Kaufkraft beim — Großhandel — „Konzernkäufen“ sich gar nicht, dem Kapitalprofit aber alles lassen.

Das muß anders werden! Es müßte nichts, kümmerliche politische Propaganda zu treiben, mit „Leib und Seele“ Sozialist zu sein und gedankenlos das Privatkapital der Industrie- und Handelskartelle zu stärken. Das ist, als ob man ein Pferd vorn und eins hinten an den Wagen spannte, um ihn — vorwärts zu bringen. Hässliche Veranschaulichung!

Die Arbeiter Energie und Konsequenz müßten alle, die vorwärts streben, nach dem Ziel der Gemeinwirtschaft, und alle, die den Preisabbau durch Selbsthilfe fördern wollen, ihnen ihre ganze Kraft: den Konsumgenossenschaften zuwenden, um die kapitalistische Wirtschaftskrise Schritt für Schritt zurückzuführen, bis zu dem Punkte, wo die Herrschaft des Sozialismus beginnt.

Dies wird dann die Wirtschaftskrise der Unternehmer sein, aber nicht mehr die der Angestellten und Arbeiter sein.

Vom Ausland

Jubiläum der niederländischen Gewerkschaften. Am 2. Januar 1926 waren zwanzig Jahre seit der Gründung des niederländischen Gewerkschaftsbundes, der Spitzenorganisation der freien Gewerkschaften der Niederlande, vergangen. Die niederländische Gewerkschaftsbewegung nahm ihren Ausgang von der Gründung des niederländischen Diamantarbeiter-Verbandes im Jahre 1894, dessen Organisationsform sich später mehrere Verbände zum Vorbild nahmen. Am 9. Februar 1905 erließ der Diamantarbeiter-Verband einen Aufruf an alle Gewerkschaften des Landes zur Bildung einer Gewerkschaftszentrale. Am 2. Januar 1906 trat dann der niederländische Gewerkschaftsbund ins Leben. Elf Gewerkschaften, darunter auch unser Bruderverband, mit insgesamt 18 940 Mitgliedern schlossen sich ihm sofort an. 1910 war die Mitgliederzahl bereits auf 40 623, 1914 auf 84 434 bei 85 angeschlossenen Verbänden gestiegen. Am 1. Januar 1919 zählte der Bund mehr als 159 000 Mitglieder, die im Jahre 1920 zur Höchstzahl von 247 700 angestiegen waren. Infolge der Nachkriegskrise sank die Mitgliederzahl wieder auf 179 900 im Jahre 1924. Aber schon Anfang 1925 war die Mitgliederzahl wieder auf 184 000 gestiegen, und am 1. Oktober 1925 zählten die 27 angeschlossenen Verbände 184 000 Mitglieder. Die Bedeutung des Bundes lässt sich ermaßen, wenn man bedenkt, dass alle andern Gewerkschaftszentralen der Niederlande nur 174 000 Mitglieder umfassen.

Finnischer Gewerkschaftskongress. Am 3. Mai dieses Jahres wird in Helsingfors der nächste finnische Gewerkschaftskongress zusammentreten.

Fachtechnisches

Schwarzglädierungen.

Gemeinhin nennt man fast alle Schwarzglädierungen „Emaillierungen“ und selbst in den Kreisen berufsmäßiger Lackierer findet man diese falsche Benennung weit verbreitet. Ein kurzer Blick auf das verwendete Material würde uns aber zeigen, daß zwischen Lackierung und Emaillierung gar kein Zusammenhang besteht, daß beide weit voneinander entfernte Arbeitsgebiete sind, die nur in ihren Endprodukten, in ihrem Aussehen etwas gemeinsam haben. Wir scheiden also für den rein lackertechnischen Vorgang des Schwarzglädierens die Bezeichnung „emallicieren“ aus und überlassen es den Lackfabrikanten, sich mit den von ihnen in die Welt gesetzten falschen Benennungen ihrer „Emaill“-Lacke auseinanderzusetzen. Den Vorgang des tatsächlichen Emaillierens werden wir in einem späteren Aufsatz behandeln.

Die Schwarzglädierung findet fast ausschließlich an eisernen Gegenständen Anwendung, da die Mehrzahl der zur Verarbeitung gelangenden Lacke Produkte aus den sogenannten Leerdervivaten sind, die in der Luft nur oberflächlich staubtrocknen werden und erst im Ofen bei 180—200 Grad ihre volle Härte erreichen. Fahr- und Motorräder, Automobil-Hilfsgeräte (in letzter Zeit auch schon verschiedentlich die Koffizüge), Schreibmaschinen, Nähmaschinen, Telefonkästen, Haushaltungsgegenstände und ähnliches werden vornehmlich schwarz lackiert und im Ofen getrocknet.

Die Lackierung kann auf sehr verschiedene Weisen geschehen. Die Handlackierung ist in fast allen größeren Industriebetrieben der genannten Fabrikate mehr und mehr zurückgedrängt worden. Heute taucht, spritzt oder gießt man den schwarzen Lack und poliert ihn schließlich, wenn besondere Qualitätsarbeit verlangt wird. Die Ursachen dazu liegen sowohl in der schnelleren Verrichtung und somit Verbilligung der Arbeit, wie auch an der Eigenschaft des Lackmaterials, das ziemlich dickflüssig verarbeitet werden muß und sich deshalb vorteilhafter bei der Tauchlackierung verwenden läßt. Dieselbe Ursache stand bisher auch der größeren Verwendung von Spritzapparaten bei der Schwarzglädierung hindernd im Wege und erst neuerdings kamen Schwarzglade auf den Markt, die nicht bei der Ofentrocknung ihren Hochglanz einbüßten. Vorher hatte man stets damit zu rechnen, daß die mit der Spritzpistole aufgetragene, doch im Verhältnis zur Tauchlackierung sehr dünne Lackschicht bei 180 Grad ihren Hochglanz verlor und dann poliert werden mußte.

Wenn wir nun den Lackiervorgang an einem Fahrradrahmen in einem großen Betrieb zum Beispiel nehmen, so deshalb, weil das Fahrrad jedem bekannt ist. Alle andern eisernen Gegenstände dürften in der Bearbeitung unter der Hand des Lackierers auch wenig davon abweichen.

Selbstverständlich ist, daß die Fahrräder, bevor sie in die Lackerei gegeben werden, in ihre einzelnen Teile zerlegt und nunmehr nach der vorhandenen Einrichtung bearbeitet werden. Um die Rahmen von allem Fett und Öl zu reinigen, werden sie 1 bis 2 Stunden in den Ofen gestellt, damit die Hitze alles anhaftende Öl und Fett verbrennt. Dasselbe tut man übrigens auch mit allen andern Fahrradteilen, soweit sie nicht vernickelt werden sollen oder Lösungen aufweisen. In manchen, nicht in allen Fabriken werden die Rahmen in Firnis getaucht, der dann im Ofen bei 180 bis 200 Grad förmlich eingebrannt wird und einen vorzüglichen Hochglanz abgeben soll. Der dann folgende Grundlack ist von der gleichen Beschaffenheit wie der Ueberzuglack und unterscheidet sich von diesem nur durch größeren Gehalt an Harzstoffen und Lösungsmitteln. Man kann die Rahmen entweder auf dazu eingerichteten Tischen liegend überziehen oder in große Behälter tauchen. Im letzteren Falle müssen alle Schnittflächen oder Löcher abgedichtet sein. Die Rahmen, nachdem sie abgetropft sind, werden auf Wagen, auf denen sie auch in dem Ofen stehend bleiben, gestellt oder gehängt, und nachdem nach einiger Zeit die fetten Stellen abgenommen sind, werden die Wagen mit den Rahmen in den Ofen gebracht, um die Lackierung in 2 Stunden bei circa 200 Grad trocken zu lassen. Sehr selten macht es sich notwendig, an den sauber getrockneten und geschliffenen Teilen Spachtelungen vorzunehmen, die aber, wenn sie nicht zu ungehen sind, noch vor der Grundlackierung geschehen müssen.

Auf den Grundlack folgen gewöhnlich, je nach der Güte der Arbeit, ein bis zwei Ueberzuglacke, die ebenfalls auf dem Wege des Tauchens gegeben werden können. Vor jedem weiteren Ueberzug wird mit feinem Schmirgelpapier leicht geschliffen, um alle Körnchen zu beseitigen. Wenn der Lack sauber und die Werkstoff staubfrei ist, kann man auf diesem Wege gute Leistungen erzielen. In der Schreib- und Nähmaschinenindustrie werden vielfach die einzelnen Teile nach dem letzten Ueberzug noch mal sauber geschliffen und dann auf Hochglanz poliert. In der Fahrradindustrie ist man ganz davon abgekommen, da das Polieren mit Wiener Stahl und Spiritus sehr zeitraubend ist. Die größeren Betriebe der Schreib- und Nähmaschinenindustrie, und auch ähnliche, bedienen sich zu Polierarbeiten der Schwabbelmaschine, einer schnell rotierenden Scheibe von 80 bis 60 Zentimeter Durchmesser und aus 40 bis 50 aufeinanderliegenden Lackscheiben bestehend. Der damit erreichte Effekt ist tatsächlich der einer Emaillierung, ohne dabei Emaillie zu sein.

Fachliteratur

„Der Lackierer“, Zeitschrift für die in Lackbetrieben beschäftigten Berufskollegen. Nummer 1 des neuen Jahrgangs ist den Filialen zugestellt und kann dort von den interessierten Kollegen unentgeltlich bezogen werden. Der „Lackierer“ erscheint achtmal mit folgendem Inhalt: Vom Alten zum Neuen, eine Betrachtung zum Beginn des neuen Jahres. Für den internationalen Aktistentag. Unsere Organisation in der Metallindustrie, von A. Zschmann, Dresden. Die Arbeit am Band, und im Anschluß daran: Amerikanische Reisebilder, Fachtechnische Fragen werden behandelt in den Artikeln: Die deutsche Automobil Ausstellung und Ueber Duro-Verfahren. Wirtschaftsfragen, Fachliteratur, Bücher und Schriften vervollständigen den Inhalt.

Literarisches

Das Märchen vom Preisabbau. Eine Aufklärungsschrift, herausgegeben vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, 24 Seiten. Berlin 1925. Verlagsgesellschaft des A.D.G. Preis 65 S. — Die lebenswerte kleine Schrift stellt in großen Zügen das verhängnisvolle Wirtschaftsprogramm der Regierung dar, wobei besonders die unerträgliche Belastung veranschauligt wird, wobei besonders die unerträgliche Belastung veranschauligt wird, wobei besonders die unerträgliche Belastung veranschauligt wird, wobei besonders die unerträgliche Belastung veranschauligt wird.

Das Taschenbuch der Arbeit für 1926 ist in geschmackvollem, rotem Ganzleinenband erschienen. Das handliche Format, der biegsame und doch sehr haltbare Einband wird den Freunden dieses Arbeiter-Taschenkalenders besonders willkommen sein. Das Kalenderium bietet reichlich Gelegenheit für Notizen und Bemerkungen. Mit besonderer Sorgfalt ist der Textteil zusammengestellt. Dabei wurde besonders berücksichtigt, daß der Arbeiter alles das in seinem Taschenkalender findet, was er sich nachschlagen will. Eine mit reichem statistischen Material versehene Wirtschaftstabelle, Chronik der sozialdemokratischen Bewegung, ein Abriss der Geschichte der Technik findet sich neben vielem andern. Selbst ein Fremdwörterverzeichnis fehlt nicht. Unentbehrlich für jeden gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiter ist das wertvolle Adressenmaterial, das der Kalender enthält. Die Einrichtungen der Partei und der Gewerkschaften, die Adressen der Partei- und Gewerkschaftsorgane, Parteibuchhandlungen, Gewerkschaftshäuser, Arbeiterretorten usw. sind in übersichtlicher Weise geordnet. Das überaus praktische, empfehlenswerte Taschenbuch der Arbeit geht in die Hand jedes Organisierten. Es kostet nur 1,25 M und ist in jeder Buchhandlung oder direkt vom Verlag F. S. W. Diez Buchf., Berlin SW. 68, zu beziehen.

Sterbetafel.

- Berlin. Am 27. Dezember starb der Kollege Otto Lampe, geboren 1. Juli 1889 in Berlin.
Cassel. Am 5. Januar starb an einem Nierenleiden unser treuer Kollege Adam Kubo Loph (Zahlsche Wesse) im Alter von 42 Jahren.
Darmstadt. Im Alter von 43 Jahren starb der Kollege Georg Reich aus Nieder-Ramstadt.
Dortmund. Am 25. Dezember starb infolge Herzschwäche unser Mitglied, der Kollege Emil Kahl im Alter von 45 Jahren.
Forst. Am 22. Dezember starb unser langjähriges treues Mitglied Bruno Schmidt, einer unserer ältesten und besten Verbandskollegen.
Hannover. Am 30. Dezember starb unser Kollege August Dempe Wolf, geboren 26. Juli 1867 zu Landwehrhagen.
Niel. Am 25. Dezember starb der Kollege Wilh. Samp, geboren in Butterbek (Kreis Plön).
Ehre ihrem Andenken!

Anzeigen

Pantograph advertisement featuring an illustration of a pantograph and text describing the device and its manufacturer, Julius Fuhr, Nürnberg, Laufertorgraben 2.